

Börsen-Zeitung

Verantwortlich für den Inhalt... L. V. Direktor A. Lorey, Berlin W. 8

Abendausgabe . 20 Pfennig.

72. Jahrgang

Donnerstag, 14. Oktober 1926

Zur Frage der Regierungs-umbildung in Preußen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hielt am Donnerstag vor der Plenarsitzung erneut eine Fraktionssitzung ab. Die Stellungnahme der Fraktion zur Hohenzollern-Vorlage bleibt die alte.

Leutnant Roucier vorläufig in Freiheit gesetzt

TU Paris, 14. Oktober. Die „Action Française“ bringt die überraschende Mitteilung, daß der französische Leutnant Roucier, der wegen der Morde in Gernersheim in Untersuchungshaft genommen worden ist, vorläufig in Freiheit gesetzt worden ist.

Sie haben es nicht eilig.

TU Paris, 13. Oktober. Die von zutunlicher französischer Seite verlautet, ist in der gestrigen Unterredung Briand's mit General Guillaume von einer Vermittlung der französischen Besatzungstruppen im Rheinland keine Rede gewesen.

Das Todesurteil für Gernersheim.

Von unserem Pfälzer- und Korrespondenten. Die Notlage der vom wirtschaftlichen Untergang bedrohten Stadt Gernersheim wurde von einer Abordnung der Stadt dem Reichspräsidenten Dr. Brüel, der im Rahmen auch des Reichsministers beauftragt ist, seine einstündige Festsitzung im Regierungsbüro in Speyer vorzutragen, da der Minister die Stadt Gernersheim nicht beschützt, obwohl das ursprünglich in seinem Reichsprogramm vorgesehen war.

zur Ueberlassung von militärischen Gebäuden und Grundstücken nur insoweit verpflichtet ist, als diese für die Befestigungserfordernisse erforderlich sind. Diese Voraussetzung ist jedoch in Gernersheim nicht gegeben, da das betreffende Gelände von der französischen Besatzungsarmee gar nicht benutzt wird.

Die jüdislawische Kabinettskrise.

Verhandlungen zwischen Radikalen und Deutschen.

n Belgien, 13. Oktober. Die Rückkehr des Königs Alexander nach Belgien hatte sofort eine politische Senfation zur Folge, dem Radikalen des Fort- und Bergbauministers Rittsch. Stamm war der König kaufmännisch angekommen, als Ministerpräsident Iljanovic einen seiner Ministerkollegen zum Fortminister Rittsch ernannte und dessen jüdislawische Demission erbat.

Der Reichslandbund zur Regierungs-umbildung in Preußen.

Der Reichslandbund begrüßt grundmäßig jeden Schritt, der geeignet ist, den Einfluß der SPD zu schwächen. Der Bundesvorstand hat jedoch in dem geplanten Weisheit der DVP, zu der letzten Reichsregierung in Preußen seinen denkbaren Schritt erwidert.

Einberufung des Reichstags am 3. November.

Der Reichstag ist endgültig für Mittwoch, den 3. November, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen zuerst die Verhandlung nach der Sommerpause, dann die Vorarbeiten.

Armenrecht für einen früheren deutschen Bundesfürsten.

Deinich, 13. Oktober. Der hiesige Magistrat hat dem ehemaligen regierenden Fürsten zur Spitze auf seinen Antrag für eine von ihm angestrebte Klage gegen einen Privatwucherer nach Prüfung seiner Vermögens- und Einkommensverhältnisse das Armenrecht zugewilligt.

Der Kampf gegen die Hohenzollern geht weiter.

Der Ausschuß-Ausschuß, der bekanntlich der eigentliche Führer der sozialistischen-kommunistischen Einheitsfront ist, hat die Fortentwicklung der sozialistischen Kampfstrategie gegen die Hohenzollern, um wieder in Tätigkeit zu treten. Er nimmt die Aufgabe, daß die Berliner Funktionärversammlung der Sozialdemokratischen Partei sich gegen die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und gegen den Hohenzollernvergleich ausgesprochen hat, um Anlaß, um die Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der Berliner S. P. D. aufzufordern, ihre Wähler und Anhänger gegen die Landtagsfraktion mobil zu machen.

Die Folgen der Romley-Konferenz.

Die diplomatische Vertretung der „Daily Mail“ erklärt, daß bei der gestrigen Sitzung des Großen Rates des Reiches der britische Botschafter in Berlin durch die Konferenz von Romley geoffene Lage erzwungen worden sei. Der Präsident Dr. War Wuppertal habe Mitteilungen über die Verhandlungen gemacht.

Der Femeauschuß mißbilligt Levis Verhalten

Die tendenziösen Veröffentlichungen im „Vorwärts“. München, 14. Oktober. Wie die „Münchener Zeitung“ erzählt, hat der Reichstags-Femeauschuß in seiner letzten öffentlichen Sitzung am Mittwoch dem Abg. Dr. Levis wegen seiner Veröffentlichungen im „Vorwärts“, die einem Bericht am 19. Mai 1926 gefolgt, den Beschluß des Ausschusses mitgeteilt, die Mißbilligung auszusprechen und dabei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß solche Veröffentlichungen in Zukunft unterbleiben. Die Mißbilligung ist bei Stimmzählung der Sozialdemokraten und Kommunisten einstimmig ausgesprochen worden. Die Sozialdemokraten hielten effizient, sich durch diese Entscheidung nicht gebunden zu fühlen.

Verstärkte Streikpropaganda Coats.

Die Zahl der Streikenden wieder im Wachsen. London, 14. Oktober. „Daily Herald“ meldet im Gegenlicht zu den von anderer Seite vortragenden Berichten, daß infolge der Propaganda Coats zahlreiche Bergarbeiter, die die Arbeit bereits wieder aufgenommen hatten, gehen erneut in den Ausstand getreten sind. In Derbyshire handelt es sich um 12.000 Bergleute, in Nottinghamshire um 1200. — Den Streikern zufolge wird das Parlament am 28. und 29. d. M. zu einer Sitzung zusammentreten, um die Verhandlungen beschleunigen der Regierung zu verlängern.

Der Innenminister Sir William Johnson

hat heute auf einem Treffen aus Anlaß der Eröffnung der Internationalen Ausstellung für Verbindungen eine Rede, in der er auch auf den Kohlenstreik eingieng und betonte, daß er den Augenblick für gekommen halte, die streikenden Parteien zur Wiegung der Differenzen aufzufordern. Man müsse sich bemühen, die Kohlenfrage zu lösen, und es sei eine beständige Forderung der Arbeiter, daß die Kohlenfrage gelöst werde, die englische Weltwirtschaft auf industriellen Gebieten zu erhalten.

Die Zahl der Arbeitslosen in England

am 4. Oktober betrug nach dem amtlichen Ausweis 1.672.500. Das bedeutet eine Steigerung von 44.940 gegenüber der Vorwoche.

Die jüdislawische Kabinettskrise.

Am 13. Oktober wurde wieder einmal ein Gegenwechsel zwischen dem jüdislawischen Ministerpräsidenten Iljanovic und dem deutschen Radikalen Kabinettsmitglied Dr. Brüel im Reichstag vorgenommen. Dr. Brüel erklärte, daß er die jüdislawische Kabinettskrise als ein Zeichen der Schwäche der Regierung ansehe und daß durch nur die Angelegenheit des Kohlenstreiks gelöst werden könne.

Die jüdislawische Kabinettskrise.

Diese Erklärung der jüdislawischen Partei kommt Nikola Pafic ebenfalls unbenommen, der sich wieder einmal äußert, die Macht an sich zu nehmen und der von ihm geleiteten radikalen Partei zu übergeben. Mühe er seine neue Regierung, mit der heute schon allgemein gerachtem wird, mit einer starken Opposition der Radikalen als Postponieren beginnt, so ist ihm die Führung der Staatsgeschäfte ebenfalls ersichert.

Die jüdislawische Kabinettskrise.

Die jüdislawische Partei hat sich in der letzten Sitzung des Reichstages gegen die jüdislawische Kabinettskrise ausgesprochen. Die jüdislawische Partei hat sich in der letzten Sitzung des Reichstages gegen die jüdislawische Kabinettskrise ausgesprochen.

Die jüdislawische Kabinettskrise.

Die jüdislawische Partei hat sich in der letzten Sitzung des Reichstages gegen die jüdislawische Kabinettskrise ausgesprochen.